Editorial

Autor(en): **Criblez, Lucien / Osterwalder, Fritz / Späni, Martina**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Bildungsforschung und Bildungspraxis : schweizerische Zeitschrift für Erziehungswissenschaft = Éducation et recherche : revue suisse des sciences de l'éducation = Educazione e ricerca : rivista svizzera di scienze dell'educazione**

Band (Jahr): **20 (1998)**

Heft 3

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Editorial

1798 – 1848 – 1874: Bildung und Politik in der Schweiz im 19. Jahrhundert

Lucien Criblez, Fritz Osterwalder, Martina Späni

Mit der Bundesverfassung von 1848, deren 150. Geburtstag am 12. September 1998 gefeiert wurde, setzt sich die Korrelierung von Bildung, demokratischen Rechten und plebiszitärer Volkssouveränität durch. Sie hat ihre Vorgeschichte im Ancien Régime, in der Helvetischen Republik sowie in der Regeneration und erhielt ihre Ausweitung und Absicherung in der Verfassungsrevision von 1874. Der Ausbau der öffentlichen Bildungssysteme, von der Primarschule bis zur Universität, erfolgte im 19. Jahrhundert entlang dieser Konzepte – oder in offener Konfrontation dazu.

Der Zusammenhang von liberaler Verfassung und Bildungskonzept, demokratischem Staat und Bildungsinstitution gehört zu den Grundannahmen der politischen Schweiz des 19. Jahrhunderts. Wenn sich auch die Diskussionen um die Bundesverfassung von 1848 nicht zentral mit bildungspolitischen Themen beschäftigten (sieht man vom kurzen Hochschulartikel einmal ab), so wurde mit der Bundesstaatsgründung doch das liberale und demokratische Staatskonzept, das in der Totalrevision der Bundesverfassung von 1874 differenziert und erweitert wurde, flächendeckend für das ganze Gebiet der Schweiz durchgesetzt. Das hatte auch für die Bildungspolitik Folgen.

Aus Anlass des 150jährigen Bestehens der 'modernen' Schweiz organisierte die Arbeitsgruppe Schul- und Pädagogikgeschichte der Schweizerischen Gesellschaft für Bildungsforschung (SGBF) am 18. und 19. Juni 1998 im Palais Besenval in Solothurn eine Tagung mit dem Titel «1798 – 1848 – 1874: Bildung und Politik in der Schweiz im 19. Jahrhundert». Die Grundannahmen des liberalen und demokratischen Bildungsprogramms sollten zum Gegenstand eingehender wissenschaftlicher Auseinandersetzung gemacht werden. Dabei standen sozial-, institutionen- und ideengeschichtliche Aspekte im Zentrum, die Referate beschäftigten sich mit gesamtschweizerischen wie auch mit kantonalen Ent-

wicklungen. Ein Teil der Tagungsbeiträge ist im vorliegenden Heft der «Bildungsforschung und Bildungspraxis» abgedruckt.

Zwei Beiträge sind der Vorgeschichte der liberalen Bildungskonzeptionen gewidmet. Fritz Osterwalder zeigt, wie sich die liberalen Bildungskonzepte im schweizerischen Diskurs seit etwa 1740 entwickelten. Ein liberales Bildungsprogramm – so die These – war vor der französischen Revolution schon weitgehend vorhanden. Dass dieses Programm nicht mehrheitsfähig war, muss angesichts der Herrschaftsstrukturen des Ancien Régime nicht speziell betont werden. Heinz Rhyn zeigt am Beispiel des alten Bern, wie die bernische Regierung mit liberalen Bildungskonzepten umging.

Der Bruch mit dem Ancien Régime 1798 führte zu neuen politischen Strukturen im helvetischen Einheitsstaat, die vieles vorwegnahmen, was nach 1830 in den Kantonen bzw. nach 1848 in der Schweiz realisiert wurde, wenn auch unter den Bedingungen eines föderalistischen Bundesstaates. Minister Stapfer liess, um den Zustand der Schulen in der Helvetischen Republik zu erfassen, eine Enquête durchführen. Hans-Ulrich Grunder befasst sich in seinem Beitrag mit den Umständen dieser Enquête und stellt einige Resultate vor. Allerdings ist die Enquête bis heute nicht vollständig ausgewertet.

Der eigentlichen Bundesstaatsgründung sind zwei Beiträge gewidmet: Franz Horváth fragt nach dem Beitrag, den die Universitäten, insbesondere die beiden zu Beginn der Regeneration neugegründeten Universitäten Zürich (1833) und Bern (1834), für die staatsrechtliche Konzeption des neuen Bundesstaates geleistet haben. Dieser Beitrag, so die These, war nicht grundlegender Art, denn die Konzepte für den Bundesstaat waren bereits vorhanden. Eher haben die Universitäten mit ihren kleinen Diskussionzirkeln dazu beigetragen, Personal auszubilden, das mit den modernen Staatskonzeptionen vertraut war. Daniel Winter beschreibt den komplizierten Prozess, der zu einem Hochschulartikel in der Bundesverfassung von 1848 führte. Realisiert wurde aber nicht – wie vorgesehen und von den Staatsgründern erhofft – eine eidgenössische Universität, sondern ein eidgenössisches Polytechnikum. Der Universitätsartikel und die Gründung des Polytechnikums sind ein erstes Beispiel für die Funktionsweise des Bildungsföderalismus. An dieser 'Mechanik' hat sich seither nichts Grundlegendes verändert.

Zwei Beiträge sind kantonalen Entwicklungen gewidmet: Jean-Christoph Bourquin beschäftigt sich mit der Bildungspolitik der neuen radikalen Regierung im Kanton Waadt nach 1846. Er zeigt, wie autoritär die Radikalen ihre Bildungspolitik durchsetzten und wie der «état enseignant» verstanden wurde. Rita Hofstetter und Danièle Périsset Bagnoud vergleichen zwei unterschiedliche kantonale Bildungspolitiken: die weitgehend katholisch-konservativ dominierte Bildungspolitik des Kantons Wallis und die liberal-radikale Politik des Kantons Genf.

Der Sekundarstufe II sind die beiden letzten Beiträge gewidmet: Philipp Gonon beschäftigt sich mit der Berufsbildung im Übergang von der zünftischen Organisation zur freien Marktwirtschaft. Muriel Surdez thematisiert ein Folgeproblem der mangelnden Rechtsvereinheitlichung im Bildungsbereich: Mit der Niederlassungsfreiheit, mit steigender Mobilität, mit der zunehmenden Institu-

tionalisierung der Universitäten und nach der Gründung der ETH stellte sich die Frage der Harmonisierung der Gymnasialprogramme und der einheitlichen Zugangsberechtigung zu den Hochschulen. Das Beispiel zeigt, wie im föderalistischen Bundesstaat trotz fehlender Rechtssetzungskompetenz auf Bundesebene gemeinsame Lösungen möglich sind, aber auch die Schwierigkeiten, die mit dem Lösungsprozess verbunden sind.

Die Tagung hat – wie üblich – einige Fragen geklärt, historisch interessante Zusammenhänge aufgezeigt – und viele neue Fragen generiert. Eine Frage, die sowohl von der allgemeinen Geschichtsforschung der Schweiz wie auch von der Pädagogik- und Schulgeschichte bislang nicht beantwortet, ja bisher nicht einmal richtig gestellt worden ist, drängte sich auf und könnte weitere Forschungsvorhaben strukturieren: Allgemein stellt sich die Frage, wie der schweizerische politische Liberalismus gegen Ende des 19. Jahrhunderts – pointiert formuliert – reaktionär wird. Bildungspolitisch gewendet muss die Frage gestellt werden, wie das liberale Bildungsprogramm des 19. Jahrhunderts durch die reformpädagogische Bewegung gegen Ende des 19. Jahrhunderts abgelöst werden konnte, und weshalb die reformpädagogische Bildungskonzeption bis heute diskursbestimmend bleibt.